



Detailansicht des Registereintrags

Otto GmbH & Co. KGaA

Aktuell seit 25.09.2026 14:15:16

Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)

Registernummer:	R004611
Ersteintrag:	20.05.2022
Letzte Änderung:	25.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	28.08.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Werner-Otto-Straße 1-7 22179 Hamburg Deutschland Telefonnummer: +494064610 E-Mail-Adressen: publicaffairs@ottogroup.com Webseiten: <u>www.ottogroup.com</u>
Hauptstadtrepräsentanz:	Charlottenstraße 59 10117 Berlin Telefonnummer: +494064610 E-Mail-Adresse: publicaffairs@ottogroup.com
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26	
Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

450.001 bis 460.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

1,18

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Petra Scharner-Wolff**

Funktion: Vorstandsvorsitzende

2. Dr. Marcus Ackermann

Funktion: Konzern-Vorstand Multichannel Distanzhandel

3. Dr. Philipp Andrée

Funktion: Konzern-Vorstand Brands and Retail

4. Katy Roewer

Funktion: Konzern-Vorständin Finanzen, Controlling, Personal

5. Kay Schiebur

Funktion: Konzern-Vorstand Services

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):**1. Bernd Rakers****2. Manuel Grahammer****3. Dr. Sabine Schmidt****4. Isabella Grindel-Schlotterbeck****5. Susanne Cloppenburg LL.M.****6. Olaf Dechow****7. Malte Wagener****8. Dr. Steffen Jaeniche****Mitgliedschaften (25):**

1. AmCham - American Chamber of Commerce in Germany e.V.

2. bevh - Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V.

3. BVDW - Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.

4. HDE - Handelsverband Deutschland (HDE) e.V.

5. Wirtschaftsforum der SPD e.V.

6. Wirtschaftsrat der CDU e.V.

7. Wirtschaftscoalition Daten & Digitales

8. ASW - Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland e.V.

9. AVE - Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V.

10. B.A.U.M. - Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V.
11. BBS - Bundesfachverband Betriebliche Sozialarbeit e.V.
12. BVL - Bundesvereinigung Logistik (BVL) e.V.
13. Charta der Vielfalt e.V.
14. DDV - Deutscher Dialogmarketing Verband e.V.
15. DIRK - Deutscher Investor Relations Verband e.V.
16. DRSC - Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V.
17. DSW - Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.
18. FSC Deutschland - Verein für verantwortungsvolle Waldwirtschaft e.V. - Forest Stewardship Council
19. GDD - Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V.
20. Verband Sozialer Wettbewerb e.V.
21. Bitkom e.V.
22. DICO - Deutsches Institut für Compliance e.V.
23. Ecommerce Europe AISBL
24. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
25. BNW Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (37):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Außenwirtschaft; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Urheberrecht; Werbung; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Verbraucherschutz; Versicherungswesen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

1949 in Deutschland gegründet, ist die Otto Group heute eine international agierende, digitale Handels- und Dienstleistungsgruppe mit rund 36.300 Mitarbeitenden und einer Vielzahl wesentlicher Unternehmen, Marken und Beteiligungen in über 30 Ländern, vornehmlich in den Wirtschaftsräumen Deutschland, übriges Europa und Nordamerika präsent. Ihre Geschäftstätigkeit erstreckt sich auf die Segmente Plattformen, Markenkonzepte, Händler, Services und Finanzdienstleistungen. Als größter Onlinehändler europäischen Ursprungs prägt sie mit ihrer Kraft, ihrer Marktbedeutung und ihren Werten den digitalen Handel und digitale Services der

Zukunft. Angetrieben von einer leidenschaftlichen und unternehmerischen Performancekultur nutzt die Gruppe ihre langjährige Marktexpertise und Technologiekompetenz, um ihre vielen Millionen von Kund*innen mit starken Qualitätsprodukten, einzigartigen Warensortimenten und differenzierenden Services zu begeistern. Dabei tritt die Otto Group den Beweis an, dass werteorientiertes Handeln und wirtschaftlicher Erfolg miteinander in Einklang stehen. Umweltschutz ist seit 1986 weiteres Unternehmensziel. Wir übernehmen ökologische, soziale und digitale Verantwortung – und das soll so bleiben.

Unsere Interessenvertretung hat das Ziel, den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern, wichtige Informationen zum richtigen Zeitpunkt mit allen entscheidungsrelevanten Stakeholdern zu teilen und unsere eigene Expertise anzubieten, um unser aller Zukunft zu gestalten, Dinge voranzubringen und einen für alle fruchtbaren Austausch zu ermöglichen. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es unter anderem um Handel und E-Commerce, Nachhaltigkeit und Lieferketten, Verbraucherschutz, Daten und Digitales sowie digitale Gesundheit. Zweck unserer Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln, Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben sowie die Brücke zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu bauen. Im Zuge dessen werden auch Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen unter anderem Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Stellungnahmen zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Angemessene Regulierung des Verbraucherkreditrechts bei Umsetzung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie

Beschreibung:

Bei Umsetzung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie sollten insbesondere das Privileg der Absatzfinanzierung weitestmöglich aufrechterhalten werden, der Rechnungs- und Ratenkauf erhalten bleiben sowie die Besonderheiten des E-Commerce berücksichtigt werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1851 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; BGBEG [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]; UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2404050003** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 06.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Versendet am 08.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

2. **Berücksichtigung der Bedürfnisse des Versandhandels bei Einführung des § 37a BDSG-E**

Beschreibung:

Der neue § 37a BDSG-E zur Regelung des Scoring ist hochproblematisch für Versandhändler. Ein generelles Verbot der Nutzung von Anschriftendaten (Abs. 2) würde die Betrugsprävention stark beeinträchtigen. Einer Beschränkung der Datenverarbeitung für andere Zwecke nach § 37a Abs. 2 Nr. 3b steht die DSGVO entgegen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 72/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405280041** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Berücksichtigung der Möglichkeiten des E-Commerce bei Einführung eines "EUDI-Wallets"

Beschreibung:

Aufzeigen eines Fallbeispiels für den E-Commerce im Rahmen des öffentlichen Architektur- und Konsultationsprozesses zur Konzeptionierung der deutschen Ausgestaltung von EUDI-Wallets.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405280042 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Berücksichtigung der Bedürfnisse des Versandhandels hinsichtlich der Risikoklassifizierung von KI-Anwendungen aus der EU-KI-Verordnung

Beschreibung:

Es bedarf insbesondere einer Klarstellung, dass der Einsatz von KI zur Betrugsbekämpfung nicht als Hoch-Risiko-KI klassifiziert wird.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410250007 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. Korrektur der Mitteilungspflichten gem. § 27 des Entwurfs zur Novelle des ElektroG

Beschreibung:

Die Mitteilungspflicht über die Sammlung von Altgeräten gegenüber der EAR soll weiterhin auch monatlich erfolgen können.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1506 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes

Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ElektroG 2015 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510140013 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Versendet am 09.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Pragmatische und bürokratiearme nationale Durchführung der Verordnung (EU) zu
Verpackungen und Verpackungsabfällen (PPWR)**

Beschreibung:

Im Rahmen der nationalen Durchführung der PPWR sollte es insbesondere einen Bürokratieabbau geben, beispielsweise durch die Vermeidung von Doppelaufwänden vor allem in den Meldepflichten, sowie die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auf nationaler Ebene und eine sach- und fachgerechte Besetzung des Förderbeirats.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer
Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 17.11.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512160015 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

7. **Berücksichtigung der Bedürfnisse des E-Commerce bezogen auf die DMA-Regulatorik**

Beschreibung:

Wir regen insbesondere eine Anpassung des DMA an, da bisher KI und insbesondere Large Language Models sowie generative KI-Anwendungen nicht berücksichtigt sind.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512160017** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

8. **Transparente und bürokratiearme Organisation der Entsorgung von Alttextilien bei
Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie und Einführung einer EPR**

Beschreibung:

Bei Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie sollte im Rahmen der Entsorgung von Alttextilien insbesondere eine transparente, bürokratiearme Organisation geplant werden, die sich nach Herstellern richtet und die Bevollmächtigte für Hersteller aus Drittstaaten vorsieht.

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2603160018** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Versendet am 28.08.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

2. **SG2609250024** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.08.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

9. **Berücksichtigung der Bedürfnisse des E-Commerce bezogen auf die mit dem EU Digital
Omnibus beabsichtigten Neuregelungen**

Beschreibung:

Wir regen an, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass die
(Daten-)Macht bereits marktmächtiger Player nicht weiter verstärkt wird, was aufgrund der
vorgeschlagenen Vorschrift des § 88b DSGVO-E zu befürchten wäre.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606250054** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.05.2026 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

10. **Angemessene steuerliche Behandlung von gesellschaftsrechtlichen Restrukturierungen im Rahmen des Mindeststeuergesetzes**

Beschreibung:

Im Rahmen der Mindestbesteuerung bedarf es der Klarstellung, dass gesellschaftsrechtliche Umwandlungsvorgänge, welche ertragssteuerlich unbeachtlich sind, auch im Rahmen des Mindeststeuergesetzes keine Steuerlast auslösen.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/1865 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Mindeststeuergesetzes und zur Umsetzung weiterer Maßnahmen

Zuständiges Ministerium: [BMF](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[MinStG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

11. **Stärkung der telemedizinischen 24/7-Versorgung im Rahmen des Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung**

Beschreibung:

Im Zuge der Reform der Notfallversorgung soll die Einbindung qualifizierter dritter Anbieter zur flächendeckenden Bereitstellung telemedizinischer Leistungen gesetzlich verankert werden. Ziel ist die Erweiterung des Versorgungsangebots und die Entlastung der Notaufnahmen durch ein breiteres, telemedizinisches 24/7-Angebot.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/6808 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 5](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

12. Schaffung eines echten Level-Playing-Field mit dem Ziel einer durchsetzungsstarken europäischen Marktüberwachung im European Product Act

Beschreibung:

Leitziel einer weiterentwickelten europäischen Marktüberwachung muss sein, dass für jedes auf dem EU-Markt bereitgestellte Produkt ein in der EU ansässiger Wirtschaftsakteur existiert, der verantwortlich, registriert, greifbar und finanziell ausreichend ausgestattet ist. Die Rolle der verantwortlichen Akteure für Anbieter, die aus Drittstaaten in den EU-Markt liefern, muss durch strengere Anforderungen gestärkt werden.

Interessenbereiche:

E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu];
Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2609250022 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.09.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

[OTTO-KGAA-Konzernabschluss-25-26.pdf](#)